

Anmerkungen zum Positionspapier der WK Steiermark

„Wachstum und Wirtschaftsmodelle. Bruttoinlandsprodukt, Gemeinwohl-Ökonomie & Co“

http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=731337&dstid=7133

Christian Felber, 1. November 2013

Die WK Steiermark widmet der Wachstumskritik und der Gemeinwohl-Ökonomie eine 30-seitige Broschüre. Das ist grundsätzlich erfreulich. Von der Kammer erwarte ich eine faire und fundierte Abhandlung. Liest man die Einleitung des Positionspapieres, so wird man wörtlich auf eine detaillierte Analyse der Gemeinwohl-Ökonomie eingestimmt: „Dennoch liegt auch hier der Teufel im Detail und bei genauerer Betrachtung entpuppen sich viele Thesen als utopisch.“ Während sich die Broschüre mit anderen alternativen Wohlstandsindikatoren ausführlich auseinandersetzt (der Better Life Index der OECD wird mit mehreren Abbildungen auf 3,5 Seiten vorgestellt und zudem mit keiner Zeile kritisiert), beschränkt sich die Vorstellung der Gemeinwohl-Ökonomie auf 2,5 Zeilen. Danach folgen 3,5 Seiten der Kritik. Das Herz-Stück der Gemeinwohl-Ökonomie, die Gemeinwohl-Bilanz, wird weder textlich noch bildlich vorgestellt, sie wird nicht einmal erwähnt. Im Literaturverzeichnis fehlt jeder Hinweis auf die Gemeinwohl-Ökonomie oder Vorgängerbücher, während gleichzeitig das Fehlen von Bezügen zum ökonomischen Diskurs kritisiert wird.

Im Folgenden antworte ich auf eine Reihe von wörtlichen Aussagen aus der WK-Broschüre:

„Die Forderungen, die in einem 20-Punkte-Manifest niedergeschrieben sind, beinhalten größtenteils wertende Aussagen.“

Ja selbstverständlich. Es gibt keine wertfreien Aussagen darüber, wie die Wirtschaftsordnung beschaffen sein soll. Mit dieser Formulierung unterstellt die WK, dass es „wertfreie“ Aussagen, wie eine Wirtschaftsordnung sein soll, gäbe. State of the art der zeitgenössischen Wissenschaft ist, dass es „Objektivität“ nicht gibt (Einstein, Heisenberg u. v. a.). Weder gibt es eine „objektive Realität“ noch – schon gar nicht – eine wertfreie Vorstellung darüber, wie eine gesellschaftliche (Wirtschafts-)Ordnung beschaffen sein soll.

„Ökosoziale Marktwirtschaft“ ist zum Beispiel eine multiple Wertung: Es soll eine Marktwirtschaft sein, und sie soll ökologisch und sozial sein. „Werten“ ist nicht schlimm, es geht ja gar nicht anders. Nur sollen die Autoren nicht so tun, als würden andere „werten“ und sie selbst nicht.

Mit dieser Rhetorik wiederholt die WK Steiermark genau das, was ich an der klassischen ökonomischen „Wissenschaft“ kritisiere: Sie tut so, als wäre der Markt wertfrei. Das ist aber genauso wenig der Fall wie in der Wissenschaft. Der Markt basiert auf mächtigen „inhärenten“ Werten, die das Verhalten der Marktakteure steuern, z. B. Geld ist wichtiger als alles andere, Kannibalismus führt zum Erfolg, Größe zählt, ethisches Verhalten führt zum Nachteil, individueller Erfolg auf Kosten anderer und die Abwälzung von Kosten („Externalisierung“) ist möglich.

Das Verbergen der eigenen normativen Positionen und Werte und die Behauptung, die eigene Ansicht sei „wertfrei“ oder gar „natürlich“ ist ein Definitionskriterium von Ideologie, und gleichzeitig ein beliebtes Herrschaftsinstrument. Die effektivsten Machtwerkzeuge sind die unsichtbaren.

Die Gemeinwohl-Ökonomie baut selbstverständlich auf normativen Annahmen und Werten auf, sie macht diese im Unterschied zur (neo)klassischen Ökonomie aber transparent. Sie sagt: Ethisches Verhalten soll zum Erfolg führen, ein demokratischer Prozess soll zu einer weithin akzeptierten Wirtschaftsordnung führen. Dafür und dazu steht sie.

„Auf historische bzw. theoriegeschichtliche Auseinandersetzungen einer gesamten Fachrichtung, nämlich der Ökonomie oder Volkswirtschaft, wird größtenteils verzichtet.“

Diese Aussage ist nicht korrekt. Im Vorwort der Gemeinwohl-Ökonomie steht ausdrücklich, dass das gesamte theoretische Fundament in einem anderen Buch aufbereitet ist: in „Neue Werte für die Wirtschaft“. Auf Wunsch der Pionierunternehmen wurde die Gemeinwohl-Ökonomie extra in ein schlankes Buch gefasst, weil „Neue Werte für die Wirtschaft“ mit 336 Seiten für viele zu dick ist.

“Gefährliche, despotische Ansichten”

Was ist eine “despotische” Ansicht? Ist es einfach eine *andere* Ansicht als die der Autoren? Wäre das gefährlich? Ist in einer Demokratie nicht jede Meinung zugelassen und wertzuschätzen? Wäre es nicht demokratisch, einer anderen Meinung als der eigenen mit Argumenten zu antworten, anstatt sie als “despotisch” zu qualifizieren? Vertraut die WK nicht der Kraft ihrer Argumente?

“Gefährlich” wäre es, wenn jemand, dessen Meinung nicht von der Mehrheit geteilt und unterstützt wird, diese durchsetzen könnte! Das ist in der GWÖ jedoch – im deutlichen Unterschied zur gegenwärtigen Wirtschaftsordnung – sogar ausgeschlossen, weil die einzige Forderung der GWÖ die demokratische Diskussion und Entscheidung der Grundelemente der Wirtschaftsordnung ist.

Es sei denn, die Autoren befürchten, dass über den vorgeschlagenen demokratischen Prozess ein anderer als ihr eigener Vorschlag beschlossen wird. Dann ist aber klar, wer der eigentliche Angestiegner der Autoren ist: eine wirkliche Demokratie, wie es sie derzeit noch nicht gibt.

“Der Teufel liegt bei der Gemeinwohlökonomie im Detail: Wenn es um die Beschränkung von Eigentumsrechten geht, werden die Grenzen einer liberalen, demokratischen Wirtschaftsordnung überschritten.”

Umgekehrt: Die Grenzen einer liberalen und demokratischen Marktwirtschaft werden in der Gemeinwohl-Ökonomie klar gezogen: gegenüber einer illiberalen und undemokratischen Machtkonzentrationswirtschaft. Ziel ist ja nicht, die Eigentumsfreiheit in Frage zu stellen, sondern durch die Begrenzung der übermäßigen “Freiheit” und Macht Weniger die Eigentums-, Wirtschafts- und politischen Freiheiten für alle zu sichern. Die Begrenzung der Eigentumsfreiheit gefährdet nicht, sondern sichert und dient dem Erhalt einer liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Für die WK bedeutet “liberal” offenbar “schrankenlos”. Das gibt es aber nirgendwo: Schrankenloser Waffenbesitz, schrankenlose Berührungsfreiheit, schrankenloses Verkehrsverhalten, schrankenloses Mundwerk, schrankenlose Bauordnung,

Alle Freiheiten sind begrenzt, um die gleichen Freiheiten aller zu schützen. Das ist liberal.

“In Österreich ist das System der (öko-)sozialen Marktwirtschaft — das in Österreich sogar noch auf politischer Ebene um das Modell der Sozialpartnerschaft ergänzt wird — dazu gedacht einen Ausgleich zwischen extremen Positionen zu schaffen.”

Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung in Österreich weist Aspekte einer ökologischen und osozialen Marktwirtschaft auf, es fehlen jedoch zentrale Charakteristika, die diese Bezeichnung rechtfertigen würden:

Das Modell der ökosozialen Marktwirtschaft bleibt aber **im Kern klassischer Kapitalismus** mit den Grundkoordinaten Gewinnstreben (Ziel) und Konkurrenz (Umgangsform).

Das oberste **Ziel** des **Gewinnstrebens** wird nicht infrage gestellt; oder allenfalls rhetorisch, aber nicht regulatorisch.

Die **Finanzbilanz** bleibt die einzige **Erfolgsbilanz**, es gibt keine Gemeinwohl-Bilanz. Der betriebswirtschaftliche Erfolg wird weiterhin an den Mitteln (Geld) gemessen und nicht am Ziel (Gemeinwohl-Beitrag).

Das **BIP** (das auch nach Ansicht der Kammer-Autoren „nur bedingt als umfassender Wohlstandsindikator geeignet ist“) bleibt weiterhin *der* volkswirtschaftliche **Erfolgsindikator**, es gibt kein Gemeinwohl-Produkt. Auch hier verharrt die Erfolgsmessung im Methodenfehler, anstatt der Zielerreichung die Mittel zu messen.

Konkurrenz wird nicht einmal in der aggressivsten Form problematisiert, es gibt zum Beispiel kein Verbot feindlicher Übernahmen.

Die **Konzentration von Macht** wird nicht thematisiert, Unternehmen können weiterhin riesig werden ohne Pflicht zur Demokratisierung, Vergesellschaftung oder Wahrnehmung spezieller sozialer und ökologischer Verantwortung.

Negative Rückkoppelungen zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts und zur Bewahrung der gleichen Freiheiten aller sind nicht vorgesehen. Derzeit sind die höchsten Jahreseinkommen in Österreich tausendmal größer als die niedrigsten Vollzeiteinkommen.

Die Gemeinwohl-Ökonomie versteht sich selbst als **ökologische, soziale, solidarische, humane und demokratische** Marktwirtschaft – im Unterschied zur heutigen **kapitalistischen** Marktwirtschaft: Derzeit dreht sich die Konkurrenz primär um Kostenminimierung und Gewinnmaximierung. In der Gemeinwohl-Ökonomie entscheiden primär Qualität und Ethik über den Unternehmenserfolg. Bei gleicher Ethik "gewinnt" die bessere Qualität. Hingegen wird der Versuch der Kostensenkung, wenn er auf Kosten der Ethik geht, keine Einsparung bringen, sondern eine Kostensteigerung (über die Gemeinwohl-Bilanz). Gewinnmaximierung wird zudem ordnungspolitisch begrenzt: Fressverbot, Ausschüttungsgrenze, Spekulationsverbot.

"Jegliche Handlungen sollen dem „Gemeinwohl“ dienen ein bekanntes Phänomen planwirtschaftlicher Gesellschaften."

Ist das so? Wir blicken bei einigen berüchtigten Planwirtschaften in deren Verfassungen:

"Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl."

Bayrische Verfassung, Art. 151

Die Privatinitiative darf sich nicht im Gegensatz zum Nutzen der Allgemeinheit betätigen. Das Gesetz bestimmt die Wirtschaftspläne, damit die öffentliche und private Wirtschaftstätigkeit nach dem Allgemeinwohl ausgerichtet werden können.

Verfassung Italiens, Art. 41

"Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen."

Deutsches Grundgesetz, Art. 14

"Das gesamte Vermögen des Landes in seinen unterschiedlichen Formen und egal wem es gehört, ist dem Allgemeininteresse untergeordnet."

Verfassung Spaniens, Art. 128

→ Die Wirtschaftskammer argumentiert offenbar ohne Kenntnis der Verfassungen.

Zitat von Adam Smith: „Indem er sein eigenes Interesse verfolgt, fördert er häufig (frequently) das der Gesellschaft wirksamer, als wenn er sich wirklich vornimmt, es zu fördern“ (Adam Smith, WN)

Hätten die Autoren die "Grundlagen der Gemeinwohl-Ökonomie" gelesen, hätten sie dort vorgefunden, dass meine Kritik an diesem Zitat ist, dass die "Förderung des allgemeinen Interesses" durch das Verfolgen des individuellen Interesses gelingen *kann*, aber nicht *muss* (GWÖ, S. 37-38). Die Gemeinwohl-Ökonomie schränkt die Verfolgung des eigenen Interesses grundsätzlich keineswegs ein – im Gegenteil: sie will die gleichen Wirtschaftsfreiheiten für alle, ist damit sogar liberaler als die gegenwärtige kapitalistische Machtwirtschaft –, sie stellt nur sicher, dass das, was Smith hier formuliert, nicht nur in manchen Fällen eintritt, sondern in allen! Sie koppelt das Eigennutzstreben verlässlich an die Mehrung des Gemeinwohls. Damit sorgt sie dafür, dass verlässlich erreicht wird, was für die Wirtschaftskammer offenbar wünschenswert ist: dass Smith recht hat! Logisch betrachtet müsste die WK deshalb *für* die Gemeinwohl-Ökonomie sein.

Der Moralphilosoph Adam Smith beginnt sein erstes großes Werk, die "Theory of Moral Sentiments" (1759) übrigens mit dem Satz: „Mag man den Menschen für noch so egoistisch halten, es liegen doch offenbar gewisse Prinzipien in seiner Natur, die ihn dazu bestimmen, an dem Schicksal anderer Anteil zu nehmen, und die ihm selbst die Glückseligkeit dieser anderen zum Bedürfnis machen.“

"Jedes Unternehmen kann doch selbst über seine optimale Größe entscheiden. Es gibt keinen Zwang."

Entspricht diese Ansicht der Realität? Bei gleicher Qualität hat ein größeres Unternehmen in der Regel niedrigere Kosten und erzielt damit niedrigere Preise. Damit erhöht es seinen Umsatz und entsprechend den Gewinn. Damit wiederum kann es kleinere Konkurrenten aufkaufen oder in den Ruin konkurrenzieren. Wir sehen sehr wohl einen systemischen Zwang zum Wachsen und Fressen. Und wenn es ihn nicht gäbe, dann könnte man ja wenigstens das Fressen verbieten!

“Ebenso geht es bei der Wachstumsfrage nicht um die Frage, ob Wachstum nötig ist, sondern wie das Wachstum erreicht wird.”

Kein Wachstumszwang, aber Wachstum muss offenbar doch sein. Rückfrage an die Autoren: Sind Sie für ewiges Wirtschaftswachstum? Wie hoch soll das BIP in 50 Jahren sein, wie hoch in 100 Jahren? Und wie hoch soll dann der Ressourcenverbrauch, von dem wir schon seit Jahrzehnten wissen, dass er um 80 bis 90% zu hoch ist und immer weiter wächst („peak everythink“)?

“Steigendes Wirtschaftswachstum und schonender Umgang mit Ressourcen sind kein Widerspruch! Durch neue Technologien gelingt die Entkoppelung zwischen Wachstum und Ressourcenverbrauch immer mehr!”

Die Fakten sprechen eine andere Sprache:

- Effizienzgewinne werden durch Mehrkonsum aufgeffressen („Rebound-Effekt“).
- Seit 1990 stiegen die Treibhausgasemissionen weltweit um 40%, seit 2000 jährlich um 3%.
- Der abnehmende globale Trend bei der Kohlenstoffintensität hat sich im Jahr 2000 umgedreht: Seither nimmt die globale Kohlenstoffintensität wieder zu!
- Selbst in den Industrieländern gehen die Emissionen oft nur scheinbar zurück, weil die Emissionen, die in den Importen enthalten sind, nicht eingerechnet werden. Beispiel Großbritannien: Eine scheinbare Emissionsreduktion von 6% zwischen 1990 und 2004 verwandelt sich in einen Anstieg von 11%, sobald man die Importe mit einrechnet.

Quelle: Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum, oekom, München 2011.

“Das Prinzip der individuellen Leistungsorientierung wird angegriffen! (...) Durch die Limitation von individueller Freiheit gibt es in diesem System kaum Anreize, individuell besser zu werden.”

Die Begründung fehlt. Worin besteht die “Limitation individueller Freiheit”? Dass ich als UnternehmerIn dazu angereizt werde, mich ethisch zu verhalten?

In der GWÖ gibt es unterschiedlichste Anreize, individuell besser zu werden:

- Ich kann mich bilden und fortbilden nach Belieben, sogar besser, weil das öffentliche Bildungssystem besser finanziert sein soll als heute.
- Ich kann jederzeit das Unternehmen wechseln oder ein neues Unternehmen gründen.
- Ich kann die Qualität der Produkte meines Unternehmens verbessern, hier gibt es keinerlei Begrenzung.
- Ich kann die Beziehungen innerhalb des Unternehmens und zu anderen Unternehmen und Stakeholdern verbessern, dafür werde ich dank Gemeinwohl-Bilanz sogar belohnt!
- Ich kann bis zum demokratisch festgelegten Maximum auch mein Finanzeinkommen verbessern, wenn mir das wichtig ist.

Möglicherweise sitzen die WK-Autoren drei impliziten Irrtümern auf. Implizit, weil sie ihre Behauptung nicht begründen.

1. Dass der einzige “Anreiz, individuell besser zu werden” Geld ist;
2. Dass durch eine Obergrenze bei Finanzeinkommen der Anreiz, besser zu werden, verloren geht;
3. dass dieser Anreiz im **gesamten** System verloren geht, weil es wörtlich **kaum** noch Anreize gibt - es muss logischerweise eine Mehrheit betroffen sein.

Zu diesen – vermuteten – impliziten Annahmen ist zu sagen:

1. Diese Annahme ist wissenschaftlich widerlegt. Geld ist ein wichtiger Anreiz bis zur Deckung von Grundbedürfnissen, und das wird in der GWÖ nicht nur nicht eingeschränkt, sondern

sogar gefördert (gesetzliche Mindestlöhne, Verringerung der Ungleichheit). Die Deckung von Grundbedürfnissen wird sogar zum Ziel des Wirtschaftens!

2. Geld fließt in der GWÖ in Form von Finanzeinkommen nicht nur bis zur Höhe der Deckung der Grundbedürfnisse (Mindestlohn), sondern bis zu einem demokratisch beschlossenen Vielfachen dieser Höhe, zum Beispiel bis zum Zehnfachen (anstatt wie heute in Ö bis zum Tausendfachen). Der Zusammenhang zwischen mehr Zufriedenheit und höherem Einkommen ist ab dieser Höhe empirisch kaum oder gar nicht mehr gegeben. Der Anreiz "Noch mehr als schon sehr viel Geld" ist wissenschaftlich nicht belegbar.
3. Wenn der Effekt der Gemeinwohl-Ökonomie wäre, dass es "kaum" noch Anreize gäbe, wie die Autoren schreiben, müsste logischer Weise die Mehrheit betroffen sein. Doch von Einkommen über dem beispielsweise Zehnfachen des Mindestlohns ist nur eine winzige Minderheit betroffen. Es ist empirisch belegt, dass die Verringerung der extremen Ungleichheit die Motivation der Mehrheit erhöht. (Das wird durch die Erfahrungen in den Pionier-Unternehmen der Gemeinwohl-Ökonomie bestätigt.) Ich bin überzeugt davon, dass dieser Motivationsgewinn im System den Motivationsverlust Einzelner, die "nur" noch das Zehnfache des Mindestlohnes verdienen dürfen, überkompensiert. Handelt es sich wirklich um einen "Angriff auf die Leistungsorientierung" - oder um die Deckelung von Gier?

"Funktionierende Finanzmärkte spielen eine enorm wichtige Rolle zur Unterstützung des unternehmerischen und menschlichen Handelns, sie ermöglichen Investitionen und erfüllen Wünsche, wenn es um private Finanzierungen geht. Sie tragen damit wesentlich zum Wirtschaftswachstum und Wohlstand bei. Natürlich müssen diese Märkte und Eigeninteressen reguliert werden, um negative Auswirkungen auf die Gesellschaft abzuwenden."

Dieser "Kommentar" könnte auch aus den Texten der Gemeinwohl-Ökonomie stammen:-) Wichtige Ausnahme: Wir würden "Wirtschaftswachstum" durch "Bedürfnisbefriedigung" ersetzen (wir wollen Mittel und Ziel nicht verwechseln) und auf "nachhaltigen Wohlstand" präzisieren.

"Der Staat finanziert sich primär über Steuern."

Stattgegeben. Der Text sollte heißen: "Der Staat finanziert *seine Schulden* primär über zinsfreie Zentralbankkredite." Wir werden die Ungenauigkeit in neueren Texten gerne korrigieren und danken den Autoren für den Hinweis!

"Privates Eigentum und dessen Schutz ist einer der Grundpfeiler unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems."

Differenzierung hilft: Privateigentum an Nutzgütern, Immobilien, erarbeitetem Eigentum und auch erworbenem Eigentum wird alles nicht in Frage gestellt. Aber die Natur wurde nicht vom Menschen erschaffen, im Gegenteil: Die Natur hat uns hervorgebracht. Sie ist gewissermaßen unsere Mutter. Und wer würde einen Eigentumsanspruch an der eigenen Mutter anmelden? Wir leben von den Früchten der Erde – deshalb gehört uns die Erde nicht, im Gegenteil: Wir sind ihr zu Dank verpflichtet, dafür dass sie uns beständig beschenkt und immer neu hervorbringt. Dieser Standpunkt ist genauso zu respektieren wie jeder andere Standpunkt – und nicht als „despotisch“ oder „gefährlich“ zu qualifizieren.

„Wenn die produzierten Produktionsmittel (Maschinen etc.) nicht mehr im privaten Eigentum stehen (egal ab welcher Größe eines Unternehmens), sondern automatisch an den Staat bzw. die Allgemeinheit übergehen, werden die Grenzen einer liberalen Wirtschaftsordnung überschritten, dies entspricht einem kommunistischen System. Es handelt sich um massive Einschränkungen der menschlichen Freiheit.“

Wir streben tatsächlich die Änderung der Eigentumsordnung an – allerdings nach liberalen und demokratischen Prinzipien. Dann ist die Größe nicht „egal“, sondern entscheidend:

1. GWÖ-Ziel ist die Verhinderung der (Über-)Konzentration wirtschaftlicher Macht.

Das ist ein streng liberaler Zugang. „Die große Gefahr für die Freiheit liegt in der Konzentration von Macht beschlossen“, meinte Milton Friedman. Wenn die einen zu groß, reich und mächtig werden, ist es mit den gleichen politischen und gesellschaftlichen Teilhabechancen aller vorbei, aber auch mit den gleichen Wirtschaftsfreiheiten, wenn einzelne Unternehmen zu groß und mächtig werden.

2. Alle Freiheiten sind begrenzt, wo sie die Freiheit anderer einzuschränken beginnen

Das Freiheitsbegrenzungsprinzip ist Kern des liberalen Denkens, das gleiche Freiheiten für fordert. Dazu muss die Freiheit des einen dort begrenzt werden, wo ein höheres Maß dieser Freiheit entweder die gleichen Freiheiten oder die Grundrechte anderer Menschen gefährdet. Wir sind deshalb in allen unseren Freiheiten eingeschränkt:

- a) Wir dürfen andere Menschen nicht berühren und beliebig bezeichnen;
- b) Wir dürfen nicht jederzeit und überall so laut sein, wie wir wollen;
- c) Wir dürfen nicht so schnell fahren, wie wir wollen;
- d) Wir dürfen nicht unendlich oft für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren, ...

Obwohl alle unsere Freiheiten zum Schutz der gleichen Freiheiten aller eingeschränkt sind, betrachten wir das nicht als „illiberal“, sondern ganz im Gegenteil als liberal, weil das Motiv der Begrenzung der Freiheiten der Schutz der gleichen Freiheiten für alle ist.

3. Negative Rückkoppelungen

Aus der Systemtheorie wissen wir, dass „positiv rückgekoppelte“ Systeme früher oder später kollabieren. Der Kapitalismus ist derzeit ein positiv rückgekoppeltes System: Je reicher, größer und mächtiger eine Person oder ein Unternehmen ist, desto leichter wird das weiter Reicher-, Größer- und Mächtiger-Werden. So wird aus Marktwirtschaft eine Machtwirtschaft.

Um die Marktwirtschaft zu stabilisieren und die Werte Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit zu wahren, braucht es negative Rückkoppelungen: Je reicher, größer und mächtiger eine Person/ein Unternehmen wird, desto schwieriger muss das weitere Reicher-, Größer und Mächtiger-Werden werden, der „Aneignungs- und Wachstumswiderstand“ muss größer werden, bis zu 100%, bei:

- a) Einkommensungleichheit
- b) Vermögen und Erbschaften
- c) Unternehmensgröße

Wo genau die Grenzen zu setzen sind, ist selbstverständlich eine demokratische Entscheidung. Die GWÖ-Bewegung ist hier leidenschaftslos. Ihre Leidenschaft ist eine liberale Demokratie und eine demokratische Marktwirtschaft (anstelle der illiberalen kapitalistischen Machtwirtschaft).

Bemerkung zum Literaturverzeichnis:

Dort scheint weder die Gemeinwohl-Ökonomie (!) noch ihr Grundlagenbuch „Neue Werte für die Wirtschaft“ auf, hingegen der Negativkampagnen-Flyer der Julius-Raab-Stiftung: „Anschlag auf unseren Wohlstand“ - Wie die Gemeinwohl-Ökonomie unsere Soziale Marktwirtschaft zerstören will“. Diese Unausgewogenheit der „Literatur“-Quellennachweise ist auffällig. Die steirische Wirtschaftskammer macht sich die Mühe, eigens eine Broschüre zu einem spannenden Thema herauszugeben, verzichtet aber im Literaturverzeichnis bewusst auf die Nennung des Buches, das die Grundlage ihrer Aufregung ist. Damit schließt sich ein Zirkel: Die WK wirft der Gemeinwohl-Ökonomie das Fehlen der „Auseinandersetzung mit der ökonomischen Theoriegeschichte vor“, die als umfangreiches Buch vorliegt, welches aber von der WK verleugnet wird. Wie sollen sich die LeserInnen selbst und frei ein Bild machen, wenn die Quellen verschwiegen werden?

Gemeinwohl-Ökonomie im Salzburger Regierungsprogramm

Die frisch gebildete Landesregierung aus ÖVP, Grüne und Team Stronach hat die „Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie bei Betrieben“ im Juni 2013 in das Regierungsprogramm aufgenommen.

Wien, 1. November 2013

<http://www.christian-felber.at/>

<http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de>